

Thema des Monats

Frühjahrgutachten Deutlicher Rückgang der Bauinvestitionen im laufenden Jahr

(brb).-Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten, dass die realen Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 3,9 Prozent zurückgehen und 2010 um 1,9 Prozent zulegen werden. Das Bruttoinlandsprodukt weist nach dieser Prognose im laufenden Jahr einen preisbereinigten Rückgang von 6,0 Prozent aus; auch für 2010 wird mit -0,5 Prozent noch keine Besserung erwartet.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute reagierten in ihrem Frühjahrgutachten unter dem Titel „Im Sog der Weltrezession“ auf die deutliche Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten, die sich im 1. Quartal des laufenden Jahres noch verstärkt hat. Mit der Prognose über den Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes wurden die vorhergehenden Prognosen der einzelnen Wirtschaftsforschungsinstitute, die bis zu -4,9 Prozent reichten, noch unterboten. Dies gilt auch für die Prognose für das Jahr 2010. Das hohe Ausmaß, mit dem die deutsche Wirtschaft von der Weltrezession betroffen ist, erklären die Institute mit der Spezialisierung der Industrieproduktion auf Investitionsgüter und langlebige Gebrauchsgüter. Die deutschen Produzenten seien daher in besonderem Maße davon betroffen, dass die konjunkturell außerordentlich anfällige Nachfrage nach diesen Waren weltweit deutlich zurückgehe.

Fortsetzung auf Seite 2

Steuereinnahmen sinken 2009 um 33,4 Milliarden Euro

(brb).-Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden werden im laufenden Jahr um 6,2 Prozent auf 504,7 Milliarden Euro zurückgehen. Für diese Einschätzung ist die Entwicklung des Wirtschaftswachstums maßgeblich; für das laufende Jahr wird mit einem nominalen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 5,3 Prozent gerechnet.

Auf der Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ wurden die Steuereinnahmen der Jahre 2009 bis 2013 geschätzt. Dabei wurden auch die finanziellen Auswirkungen von insgesamt 15 Gesetzesänderungen einbezogen. Neben diesen Steuerrechtsänderungen prägte die – gegenüber der letzten Sitzung im November des vergangenen Jahres deutlich schlechter eingeschätzte – gesamtwirtschaftliche Entwicklung das Ergebnis. Nach einem nominalen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 5,3 Prozent im laufenden Jahr wird für das Jahr 2010 ein Wachstum von 1,2 Prozent unterstellt, das sich in den

Folgejahren auf 3,3 Prozent beschleunigen soll. Vom Rückgang im laufenden Jahr sind vor allem die Gemeinden betroffen, bei denen die Steuereinnahmen das Vorjahresergebnis um 8,7 Prozent unterschreiten sollen. Dies ist auch auf einen prognostizierten Einbruch bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer zurückzuführen, von dem die Gemeinden überproportional betroffen sein werden. 2010 liegen dann die erwarteten Rückgänge der Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden auf einem vergleichbaren Niveau.

Die Steuereinnahmen sind die bedeutendste Finanzierungsquelle von Bund, Ländern und Gemeinden; ihre Entwicklung hat daher maßgeblichen Einfluss auf die Investitionsfähigkeit und Investitionstätigkeit des Staates. Vor dem Hintergrund des aktuellen Einbruchs bei den Steuereinnahmen ist auch der Blick in die Vergangenheit notwendig. 2009 werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden mit 504,7 Milliarden Euro das Niveau des Jahres 2006 immerhin noch um 38,4 Milliarden Euro überschreiten und „nur“ um 11,3 Milliarden Euro hinter dem Ergebnis des Jahres 2007 zurückbleiben.

1 Thema des Monats:

Frühjahrgutachten
Deutlicher Rückgang der Bauinvestitionen
im laufenden Jahr

Steuereinnahmen sinken 2009
um 33,4 Milliarden Euro

2 Kommentar:

Wohnungsbedarf bis 2025

PPP-Markt weiter positiv

Muster ohne Wert

3 Forum Nord:

Die Region Braunschweig im Blickpunkt
Interview mit Dr. Bernd Meier,
Hauptgeschäftsführer Industrie- und
Handelskammer Braunschweig

4 Trends und Märkte:

Wünsche nach Wohneigentum

Ausschreibung zum Landtagsumbau
vor dem Abschluss

Impressum



Nachrichten und Kommentar:

Wohnungsbedarf bis 2025

(brb).-Der Wohnungsbau in Deutschland bleibt weiter hinter dem Bedarf zurück. Während die Baugenehmigungen 2008 auf ein neues historisches Tief von rund 175.000 Wohneinheiten gefallen sind, sieht die Mehrheit der wohnungswirtschaftlichen Experten den tatsächlichen Neubaubedarf

im Zeitraum bis 2025 in der Größenordnung von 270.000 bis 350.000 Wohnungen pro Jahr – also 50 bis 100 Prozent höher. Knappheiten mit steigenden Preisen und Mieten sowie Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche sind also nur noch eine Frage der Zeit.

(Quelle: LBS Research)

PPP-Markt weiter positiv

(brb).-Trotz Wirtschaftskrise entwickelt sich der deutsche PPP-Markt weiterhin positiv. Im 1. Halbjahr 2009 sind 12 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 850 Millionen Euro zuge schlagen worden. Seit 2003 sind damit in Deutschland 120 Hochbauprojekte mit einem Investitionsvolumen von 3,48 Milliarden Euro über Öffentlich Private Partnerschaften umgesetzt worden, im Verkehrsbereich waren es 7 Projekte mit einer Investitionssumme von 1,76 Milliarden Euro.

Muster ohne Wert

(brb).-Volkes Mund ist bisweilen ganz schön drastisch. Nie werde heftiger gelogen, so heißt es, als nach einer Jagd, während einer Beerdigung und vor einer Wahl. Träfe das tatsächlich zu, dann würde das im Klartext auch bedeuten, Wahlprogramme der Parteien sind eigentlich Muster ohne Wert – mit Trara unter die Leute gebrachte bloße Werbebotschaften und von Anfang an für den Papierkorb, bestenfalls für das Archiv bestimmt.

Daran ist einiges richtig. Es braucht einer nur daran zu denken, dass die Sozialdemokraten vor Jahren die friedliche Nutzung der Kernenergie in einem Programm als Chance zur Lösung der Menschheitsprobleme betrachtete. Oder dass die CDU in ihrer Anfangszeit eine Vergesellschaftung von wichtigen Wirtschaftszweigen durchaus befürwortete. Man höre und staune. Es lässt sich gut vorstellen, wie Konrad Adenauer, ein Bundeskanzler mit ausgesprochen festen Überzeugungen, oder Gerhard Schröder, auch ein Realpolitiker, von Programmen gehalten haben. Wer hat schließlich derlei ständig unterm Arm?

Dennoch sind Wahlprogramme nicht unwichtig und keineswegs nur bunte Versandhauskataloge, die jedem etwas anzubieten haben. Denn das Zustandekommen und der Inhalt dieser meist umfangreichen Papiere lassen die kritischen Wähler ebenso wie die jeweilige Anhängerschaft den gegenwärtigen Standort der Parteien deutlich erkennen, ihre unterschiedlichen Flügel und die innerparteilichen Mehrheiten. Selbstverständlich steckt in jedem Wahlprogramm nicht wenig zweckgebundene Liebedienerei gegenüber diesen und jenen, die am Wahltag gewonnen werden oder nicht verloren gehen sollen.

Hartz IV-Empfänger und Forschungsinstitute, Bauunternehmer, das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft sind also gut beraten, nicht alle Absichtserklärungen für bare Münze zu nehmen, die sie in den Programmen entdecken. Nichts davon lässt sich einklagen. Die meist abschätzig Klientel genannten Zielgruppen dürfen sich dennoch nicht zu schade sein, nach der Wahl immer wieder einzufordern, was ihnen mit allen Vorbehalten versprochen oder sogar zugesichert wurde. Der Erfolg dieses nachhaltigen Nachhakens ist allerdings schon vor dem Wahltag einigermaßen genau abzuschätzen. An dem Realitätssinn nämlich, der aus den unterschiedlichen Programmen spricht, und aus der Verlässlichkeit derjenigen, die hinter den Wahlaussagen stehen. Darauf kommt es an, das sollte für die Stimmabgabe entscheidend sein.

Fortsetzung von Seite 1

Etwas positiver gestimmt sind die Institute, was die Entwicklung der Bauwirtschaft betrifft. Dies wird vor allem mit der Hoffnung auf eine im Zuge der beiden Konjunkturprogramme stark steigenden öffentlichen Baunachfrage begründet, die einen Teil der Investitionsrückgänge bei den privaten Haushalten und Unternehmen ausgleichen werde. Die Institute erwarten, dass beide Programme im laufenden Jahr Bauinvestitionen von 3,5 Milliarden Euro und im kommenden Jahr von 12 Milliarden Euro anstoßen.

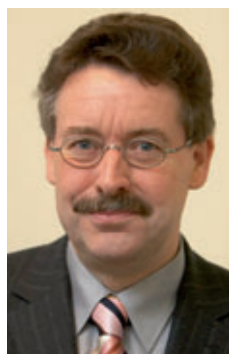
	Reale Bauinvestitionen			
	2008	2008	2009	2010
	Anteile in %	Veränderung gg. Vorjahr in %		
Wohnbauten	56,0	0,8	-3,0	1,4
Nichtwohnbauten	44,0	5,9	-5,0	2,7
Gewerblicher Bau	31,8	7,2	-10,0	-3,3
Öffentlicher Bau	12,1	2,5	8,1	15,7
Insgesamt	100,0	3,0	-3,9	1,9

Die Institute rechnen damit, dass die Konjunkturpakete schwerpunktmäßig erst im zweiten Halbjahr 2009 und zu Beginn des kommenden Jahres Wirkung zeigen werden. Dies zeigt sich auch in der

Einschätzung des baukonjunkturellen Verlaufes im laufenden Jahr. Sollen die realen Bauinvestitionen im 1. Halbjahr noch um 7,0 Prozent zurückgehen, steht für das 2. Halbjahr nur noch ein leichter Rückgang von 0,9 Prozent in der Prognose. Die Deutsche Bauindustrie geht davon aus, dass der Nettoimpuls der zwei Konjunkturprogramme für die gesamte Bauwirtschaft im laufenden Jahr 5 Milliarden Euro und für das Jahr 2010 7 Milliarden Euro beträgt. Die zusätzliche Nachfrage für das Bauhauptgewerbe beläuft sich nach diesen Berechnungen auf 3 Milliarden Euro im laufenden Jahr und 4 Milliarden Euro im Jahr 2010.



Die Region Braunschweig im Blickpunkt



(brb).-Im Gespräch mit Dr. Bernd Meier, Hauptgeschäftsführer Industriekammer Handelskammer Braunschweig

Baurundblick: Das Gebiet der Industrie- und Handelskammer Braunschweig reicht von der A 2 im Norden bis in den Südharz.

Welche Investitionen im Fernstraßenbereich, der Schienen- und der Wasserwegeinfrastruktur sind aus Sicht der Wirtschaft dieses Raumes erforderlich, um die Transportmöglichkeiten für Güter und Personen zu verbessern?

Dr. Bernd Meier: Mit dem Lückenschluss im Zuge der Bundesautobahn A 39 östlich von Braunschweig wurde ein außerordentlich wichtiges Fernstraßeninfrastrukturprojekt vor kurzem fertig gestellt. Es bleiben jedoch noch Vorhaben, die es auch im Straßenbau mittelfristig umzusetzen gilt. Als Beispiel kann hier der vierspurige Ausbau der Bundesstraße B 4 zwischen Braunschweig und Gifhorn ebenso genannt werden wie der Ausbau der A 7 zwischen Hildesheim und Nordheim auf vier Fahrstreifen. Als „Langfristprojekt“ ist die Nordverlängerung der A 39 über Wolfsburg hinaus Richtung Hamburg/Ostsee von sehr hoher Bedeutung, nicht zuletzt, um die A 7 zwischen Hannover und Hamburg zu entlasten. Mit Blick auf die Schieneninfrastruktur wurde ein wichtiges Projekt vor wenigen Monaten begonnen: Der zweigleisige Ausbau der ICE-Strecke zwischen Hildesheim und Braunschweig. Hier setzt sich die IHK gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten der Region dafür ein, auch die „Weddeler Schleife“ zwischen Braunschweig und Wolfsburg zweigleisig auszubauen – der Streckenabschnitt ist bereits zweigleisig planfestgestellt, der Bau des zweiten Gleises kann relativ schnell in Angriff genommen werden, die Baureife liegt vor. Die Wasserwege der Region erfahren eine Ertüchtigung durch die Vertiefung des

Stichkanals nach Salzgitter für Schiffe mit einem Tiefgang bis zu vier Metern. Dieses Projekt muss allerdings als doch recht langfristig eingestuft werden. Immerhin ist die Wirtschaft der Region froh, dass jetzt eine Entscheidung vorliegt, die auch einen Ausbau der Schleuse bei Üfingen umfasst. Und um die Verkehrsträger zu ergänzen: Das Obergericht Lüneburg hat jetzt endlich grünes Licht für den Ausbau des Forschungsflughafens Braunschweig gegeben. Diese Baumaßnahme ist auf längerfristige Sicht sehr wichtig, um die Potenziale am hiesigen Forschungsflughafen über die nächsten zwei Jahrzehnte hinaus zu erhalten und zielgerichtet auszubauen.

Baurundblick: Die Regio-Stadtbahn (RSB) ist ein Projekt des Zweckverbandes Großraum Braunschweig (ZGB). Sie soll Gifhorn, Braunschweig, Salzgitter, Goslar, Bad Harzburg und Helmstedt sowie die Orte dazwischen im festen Takt direkt miteinander verbinden.

Wie ist der Stand dieses für die Entwicklung des Großraum Braunschweigs sehr wichtigen Projekts?

Dr. Bernd Meier: Trotz aller bisheriger Verzögerungen sind alle Entscheidungsträger und auch die Planer beim Zweckverband Großraum Braunschweig optimistisch, dass die planmäßige Abfahrt der ersten RegioStadtbahn im Dezember 2012 stattfindet. Ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieses Zieles wurde vor einem Jahr erreicht, als der Zweckverband Großraum Braunschweig, die Netz AG der Deutschen Bahn und die Landesnahverkehrsgesellschaft des Landes Niedersachsen eine Absichtserklärung zum Bau der RegioStadtbahn unterzeichneten. Im laufenden Jahr gilt es jetzt, alle Verträge für Bau und Finanzierung sowie für den Betrieb abzuschließen. Der Zeitdruck ist erheblich, aber auch die Erwartungshaltung von Wirtschaft und Bevölkerung. Die breite Unterstützung dokumentiert sich auch darin, dass die Stadt Wolfsburg jetzt auf einen Anschluss an das RegioStadtbahn-Netz drängt.

Baurundblick: Das Konjunkturprogramm II soll den Kommunen nach dem Willen von Bundesregierung und Bundestag zusätzliche Investitionen ermöglichen, damit die Auswirkungen der globalen Finanzkrise gemildert werden können.

Setzen die Städte und Gemeinden die vorgesehenen Investitionen zügig um? In welchen Bereichen liegen die Schwerpunkte?

Dr. Bernd Meier: Nach meiner Einschätzung sind die Kommunen unseres Wirtschaftsraumes mit hohem Engagement dabei, die finanziellen Mittel aus dem Konjunkturprogramm II zügig zur Wirkung zu bringen. Nicht zuletzt sollen in hohem Maße ja auch heimische Unternehmen von den zusätzlichen Aufträgen profitieren. Wichtig erscheint eine sachgerechte Abstimmung: Vergleichbare Aufgaben können unmöglich zeitgleich von hiesigen Unternehmen abgearbeitet werden. Hier sind Gespräche mit den Kommunen erforderlich, um im konstruktiven Miteinander zwischen Unternehmen und öffentlicher Hand das Beste aus dem Konjunkturprogramm II auch für unseren Wirtschaftsraum zu machen. Wenn einige Kommunen hier schneller sind und einige andere – sicher auch aus guten Gründen – vielleicht etwas langsamer, so ist das aus meiner Sicht unschädlich und entzerrt etwas die für die Unternehmen unseres Wirtschaftsraumes insbesondere im Baubereich und im Baunebenhandwerk erwarteten Auftragsvergaben, die naturgemäß unter besonderem Termindruck stehen.

Baurundblick: Die Wirtschaft der Region ist stark von der Automobil- und Stahlindustrie geprägt.

Wie wird sich die Wirtschaft im Bezirk der IHK Braunschweig am Ende des Jahres 2010 präsentieren?

Dr. Bernd Meier: Der Ausblick auf die wirtschaftliche Situation zum Ende des kommenden Jahres 2010 gestaltet sich außerordentlich schwierig. Die Automobilwirtschaft profitiert im Moment von der Abwrackprämie, hier bleibt abzuwarten, ob ein hohes Fertigungsniveau auch im nächsten Jahr gehalten werden kann. Große Hoffnungen richten sich auf den Stahlbereich. Die Salzgitter AG signalisiert wieder steigende Auslastung. Wie stark die weltweite Stahlnachfrage letztlich ansteigt und ob sich die Situation im Jahr 2010 spürbar verbessert, lässt sich derzeit nicht seriös abschätzen. Für die Industrie insgesamt sind die Aufträge derzeit so stark eingebrochen wie kaum jemals zuvor. Es bleibt zu hoffen, dass sich die ersten Silberstreifen am Horizont der Konjunktur zu einer deutlichen Aufhellung verdichten. Bei realistischer Betrachtung muss aber auch die Variante im Auge behalten werden, dass die Wirtschaft unserer Region die Talsohle auch zum Ende des Jahres 2010 noch nicht endgültig durchschritten hat.

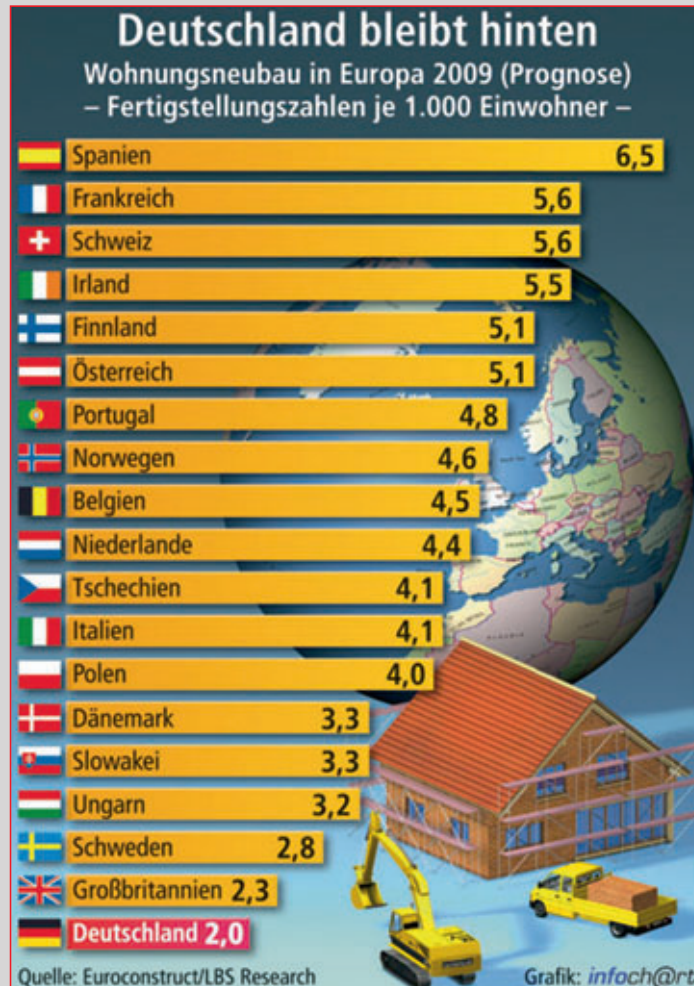


Trends und Märkte

Wünsche nach Wohneigentum

(brb).-Während bereits 52 Prozent der Menschen in Deutschland in den eigenen vier Wänden wohnen, sagt die Mieterquote von 48 Prozent nichts darüber aus, ob es sich um überzeugte Mieter handelt oder nur um solche auf Zeit. Tatsächlich würden 57 Prozent (West: 59 Prozent; Ost: 48 Prozent) der Mieter lieber in der eigenen Immobilie statt zur Miete wohnen. Nach den Gründen für den Wunsch nach eigenen vier Wänden gefragt, gaben 90 Prozent der nach Wohneigentum strebenden Mieter die Altersvorsorge an. Dies ist einmal mehr ein Indiz dafür, welch enorme Bedeutung die eigene Immobilie als wichtigste Form der privaten Altersvorsorge hat.

(Quelle: TNS Emnid/LBS Research)



Ausschreibung zum Landtagsumbau vor dem Abschluss

(brb).-Die Auslobung des Architektenwettbewerbs für die Umgestaltung des Landesparlaments steht kurz vor dem Abschluss. Der zuständige Bauausschuss hat sich weitgehend auf die Eckpunkte geeinigt; der Auslobungstext soll jetzt von dem dafür eingesetzten Architektenbüro noch einmal überarbeitet werden, bevor er im August veröffentlicht werden kann. Die drei zentralen Punkte betreffen die notwendige bauliche Sanierung im gesamten Parlamentsgebäude, die Behebung der funktionellen Mängel

(energetische Sanierung, Barrierefreiheit, verbesserte Arbeitsbedingungen für Abgeordnete und Medien, Erhöhung der Besucherkapazitäten und Optimierung der funktionalen Abläufe bei Besucherprogrammen etc.) sowie den städtebaulichen Akzent, der vor allem mit der Neugestaltung des Plenarsaals gesetzt werden soll.

Der Abriss des Plenarsaals, der von der Mehrheit des Bauausschusses weiterhin befürwortet wird, ist allerdings – wie von

Landtagspräsident Hermann Dinkla zugesagt – nicht als Vorgabe in dem Text enthalten. Hier soll den beteiligten Architekturbüros freie Hand gelassen werden. Festgelegt hat man sich allerdings darauf, dass die maximale Kostensumme von 45 Millionen Euro (brutto) nicht überschritten werden darf.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise
gestattet. Quellenangabe und
Belegexemplare erbeten.